

Grossratssession November 2015: Bericht der SP-See-Deputation

Kantonsbudget 2016: Das Budget für das Jahr 2016 sieht bei Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von rund CHF 3,3 Milliarden einen Einnahmeüberschuss von CHF 500'000 und rund CHF 130 Mio. für Nettoinvestitionen vor. Der Selbstfinanzierungsgrad von 69,3 Prozent liegt tief. Trotz der vielen laufenden Sparmassnahmen sah sich der Staatsrat gezwungen, auf CHF 10 Mio. des nicht zweckgebundenen Eigenkapitals zurückzugreifen, um den Verfassungsauftrag des ausgeglichenen Budgets erfüllen zu können. Er hätte sonst Abstriche in Bereichen machen müssen, die geeignet wären, der Volkswirtschaft grösseren Schaden zuzufügen. Die SP findet eine Vermögensentnahme unter diesen schwierigen Umständen als vertretbar. Natürlich dürfen sich solche Entnahmen nicht beliebig wiederholen. Rückweisungsanträge von Seiten der FDP und der SVP fanden zu Recht keine Mehrheit.

Ergänzungsleisten weiterhin vom Kanton bezahlt: Vor ein paar Jahren übernahm der Kanton die gesamte Finanzierung der Ergänzungsleistungen zu AHV-IV, nachdem unklar war, wie sich der Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton auswirken würden. Zuvor gingen 25 Prozent davon zulasten der Gemeinden. Der Grosse Rat folgte dem Antrag des Staatsrats, die Finanzierung vorläufig so zu belassen, weil noch Unklarheiten, namentlich beim Programm «Senior Plus», bestehen. Eine Neuerung gibt es dennoch: Bisher mussten die Gesuche auf Ergänzungsleistung bei der Gemeinde eingereicht werden, während man dies künftig direkt bei der kantonalen Ausgleichskasse tun kann. Die Gemeinden werden über die Ergebnisse der Gesuche informiert.

Wahl von Staatsratspräsidentin Marie Garnier: Ein unschönes, ja schädliches Bild verpassten die bürgerlichen Parteien dem Kanton Freiburg bei der Wahl der grünen Staatsratspräsidentin. Mangels absoluten Mehrs in der ersten Runde musste ein zweiter Wahlgang stattfinden, was es bisher in der Geschichte des Grossen Rats kaum je gegeben hat. Hier wurden schweizerische Werte, wie die Kultur des respektvollen Umgangs unter Politikern, exemplarisch verletzt. Sollte es eine Machtdemonstration nach den Wahlen auf Bundesebene gewesen sein, dann sind protokollarische Wahlen die falsche Gelegenheit.

Ortsplanung wird nicht demokratisiert: Erstaunt hat die Verwerfung der Motion, wonach Ortsplanungen künftig in die Kompetenz des Generalrats oder der Gemeindeversammlung zu legen seien. Die SP hat sich für diesen Demokratisierungsschritt eingesetzt. Die Kantone Freiburg und Solothurn sind damit noch die einzigen Kantone, in denen diese Kompetenz beim Gemeinderat liegt. Aufgrund der klaren gesetzgeberischen Elemente eines Ortsplans kann dessen Verabschiedung kaum als Aufgabe der Exekutive betrachtet werden. Die Argumentation, dass Mitglieder des Generalrats in den Ausstand treten müssten, vermag nicht zu überzeugen, denn dies gilt noch viel mehr für den Gemeinderat.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer